

# Bürgerhaushalt abgelehnt

## Knappe Mehrheit bei Abstimmung im Gemeinderat

**Baden-Baden** (hez) – In der Kurstadt wird es keinen Bürgerhaushalt geben, der eine aktive Einbeziehung von Bürgern in die Planung kommunaler Einnahmen und Ausgaben und damit in die Verwendung öffentlicher Gelder ermöglichen würde.

Nach kontroverser Diskussion schloss sich in der Sitzung des Gemeinderats am Montagabend eine knappe Mehrheit von 21 Stadträten der Ansicht der Verwaltung an, auf einen solchen Bürgerhaushalt zu verzichten, da der damit verbundene finanzielle und personelle Aufwand zu groß sei. Die Erfahrungen in anderen Städten

hätten gezeigt, „dass die Ergebnisse eines erweiterten Beteiligungshaushalts nicht überwiegend positiv waren“. Die Stadt sieht die in Baden-Baden praktizierte Bürgerbeteiligung als ausreichend an.

Die Einführung eines Bürgerhaushalts war von den Fraktionen der SPD und der Grünen beantragt worden. In der Gemeinderatssitzung zeigte sich SPD-Sprecher Kurt Hochstuhl sehr unzufrieden mit der Stellungnahme der Verwaltung. Er sprach von „hanebüchenen Argumenten“ und einer „arroganten Haltung“. Ein Bürgerhaushalt sei eine geeignete Plattform, die es dem Bür-

ger ermögliche, sich mit Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Stadt einzubringen. Woanders funktioniere so etwas auch. Eine Mitmachkultur bekomme man eben nicht zum Nulltarif.

Auch Beate Böhlen (Grüne) und Marianne Raven (FBB) sprachen sich für einen Bürgerhaushalt aus. Ablehnung ließen hingegen die Stellungen von Armin Schöpflin (CDU), Hans-Peter Ehinger (Freie Wähler) und Rolf Pilarski (FDP) erkennen. Sie vertraten die Meinung, dass es an der Oos genügend Möglichkeiten für die Bürger gebe, sich einzubringen.